

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Eine neue Lage. Blond Georges Erklärung im Unterhaus.

Amsterdam, 11. August. Nach Verlesung der bolschewistischen Friedensbedingungen im Unterhause bemerkte Blond George: Sofort nach Empfang der Bedingungen habe ich die Note Frankreich und Italien zur Kenntnis gebracht. Wir haben der polnischen Regierung unsere ersten Eindrücke mitgeteilt. Ich halte es aber nicht für angebracht, darüber hinaus weitere Bemerkungen zu machen, da dies bedeuten würde, daß wir der polnischen Regierung die Verhandlungen aus der Hand nehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine neue Lage entstanden ist.

Der Angriff auf Warschau im Gange.

Berlin, 12. August. (Eigene Drahtmeldung der R. W.) Dem Vorkämpfer wird aus Amsterdam gemeldet, wie die Times erfahren, besagt ein Moskauer Funkpost, daß die Rote Armee auf allen von Norden und Osten nach Warschau führenden Straßen den Kampf aufgenommen hat und daß der beachtlichste große Angriff auf die Festungswerke im Gange sei. — Corriere de la Sera erzählt von seiner Sonderberichterstatter aus Warschau, daß hier in der Montagnacht "a termi" wurde. Es hat eine neue Phase der Erregung unter der Bevölkerung. Die russische Kavallerie kreist bereits bis an die Vorposten. Eine bolschewistische Heeresmacht von etwa 65 000 Mann hat Dienstag früh die allgemeine Linie Glechajew-Pultusk-Kalusz überschritten. Wie der Warschauer Kurier meldet, sind die vor Warschau stehenden Heere durch erhebliche bolschewistische Infanterie- und Kavallerieeinheiten aus dem Peterburger und Moskauer Militärbezirk vertrieben. Die zum Angriff auf Warschau zur Verfügung stehenden roten Truppen sind gegenüber den polnischen Verteidigungskräften in fünffachen Überzahl.

Rußlands Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 11. August. Im englischen Unterhause erklärte Lord Curzon, von Kammer der folgenden Waffenstillstandsbedingungen erhalten zu haben:
1. Die polnische Armee wird auf 50 000 Mann herabgesetzt. Der Generalstab und die nicht Waffen tragenden Truppen müssen auf 10 000 Mann herabgesetzt werden.
2. Die Demobilisierung der polnischen Armee wird sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt.
3. Alle Waffen, die für eine größere Zahl von Truppen als 50 000 Mann notwendig sind, werden Rußland und der Ukraine ausgeliefert.
4. Alle Kriegsorgane müssen zu bestehen aufhören.
5. Kein Kriegsmaterial und keine Truppen aus dem Ausland dürfen polnisches Gebiet betreten.
6. Die Linie Moskowitz-Bialystok-Grajewo wird Rußland zur Verfügung gestellt, damit es den Verkehr mit den baltischen Ländern aufrechterhalten kann.
7. Die Familien aller polnischen Bürger, die im Laufe des Krieges getötet oder verwundet wurden, erhalten umsonst Väterchen zugewiesen.
Andererseits verpflichten sich die Russen:
1. Zu derselben Zeit, da die polnische Demobilisierung erfolgt, werden sich die Truppen vom polnischen Gebiet zurückziehen.
2. Sobald diese Operationen vollzogen sind, wird die Zahl der russischen Truppen, die die Grenze zwischen beiden Ländern bewachen, beträchtlich herabgesetzt auf eine Zahl, die noch im Laufe der Waffenstillstandsverhandlungen festzusetzen ist.
3. Die Waffenstillstandslinie wird so bestimmt, wie Lord Curzon sie in seiner Note vom 20. Juli festsetzte. Von dieser Linie wird sich die russische Armee 50 Meile zurückziehen. Die Zwischenzone bleibt neutral.
4. Die endgültige Grenze des unabhängigen Staates Polen wird grundsätzlich mit seiner übereinstimmen, die Lord Curzon in seiner Note vom 20. Juli festsetzte. Dazu werden Polen im Osten neue Gebiete zugewiesen, nämlich die Gebiete von Bialystok und Cholm.

Die Gefahr Wrangel.

Berlin, 12. August. (Eigene Drahtmeldung der R. W.) Wie die Freiheit aus Appenzhagen erfährt, veröffentlicht in der Prawda Meschtscherjakow einen Artikel, in dem er auf die große, von Süden her drohende Gefahr durch den General Wrangel hinweist. Dieser habe die Tatsache ausgenutzt, daß alle Kräfte an die polnische Front geworfen waren. Mit der Hilfe der Entente schuf er seine Armee, bewaffnete sie vorzüglich und machte einen Ausfall aus der Arim. Wrangel sei der allerreaktionärste von allen weißrussischen Generälen. Seine rechte Hand in den Verwaltungsangelegenheiten ist der frühere zaristische Minister Arwoschein, kein geistiger Führer der bekannte Führer der Reaktion Schulgin. Wrangel wolle die zaristische Selbstherrlichkeit, die Macht der Groß-

grundbesitzer, der Bourgeoisie und der Generäle wieder herstellen. Er habe schon ein Gesetz veröffentlicht, wonach das Land, das die Bauern sich nach der Oktoberrevolution angeeignet haben, den Großgrundbesitzern zurückgegeben werden soll. Eine große neue Gefahr schwebt über den russischen Arbeitern und Bauern. Deshalb sei zur Abwehr der Wrangelbanden derselbe Enthusiasmus und dieselbe Begeisterung notwendig, die beim Kampfe gegen die polnischen Magnaten aufgebracht worden sind. Meschtscherjakow fordert, daß ein Strom von kommunistischen Freiwilligen an die Südküste gehen muß, dann wird Wrangel rasch und endgültig erledigt sein.

Inzwischen hat Wrangel bei Alexandrowst bereits eine Schlappe erlitten, wie wir dieser Tage melden.

Generalfreik in Memel.

Memel, 11. August. (R. W.) Zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei ist es gestern abend zu Zusammenstößen gekommen. Nach einer kommunistischen Versammlung sollte sich ein Zug nach der Wohnung des Gouverneurs Obrp bewegen, um gegen die von diesem ausgesprochene Ablehnung der Forderung auf Rückkehr von dort im Juli ausgewiesenen Agitatoren zu demonstrieren. Die Polizei, die dem Zuge entgegen trat, wurde mit Steinen beworfen. Dann stießen aus der Menge zwei Schüsse. Die Polizei ging darauf, mit der Waffe vor und trieb die Menge auseinander. Es wurden mehrere Polizisten und Demonstranten verletzt. Heute früh haben die Arbeiter in zahlreichen Betrieben die Arbeit niedergelegt; das Gas- und Elektrizitätswert sind stillgelegt worden.

Memel, 12. August. Im Laufe des gestrigen Tages wurde der Generalfreik allgemein. Es handelt sich um eine kommunistische Aktion der Betriebsräte. Die Gewerkschaften sind vollkommen ausgeschaltet. Die Verhandlungen mit der französischen Besatzungsbehörde haben zu keinem Ergebnis geführt. Memel ist ohne Gas, Wasser und Elektrizität. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Der Streik im Saargebiet.

Metz, 12. August. Nach einem indirekten Bericht aus Saarbrücken ist die Stadt völlig ruhig. Die Eisenbahnen sind als requiriert erklärt worden. Es ist den französischen Behörden gelungen, einige Kohlenzüge zusammenzustellen, auch die internationalen Güterzüge fahren. Der Post-, Telegramm- und Telephondienst ruht immer noch vollständig. Die Bergarbeiter, die am Sonntag dem Streik beigetreten waren, kehrten am Montag an ihre Arbeitsstätten zurück. In Saarbrücken erscheint nur noch die sozialdemokratische Volksstimme.

Arbeitslosendemonstration in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 11. August. (R. W.) Nach einer Versammlung der Arbeitslosen, die im Hinblick auf die Bohnenerhöhungen der städtischen Arbeiter ebenfalls neue Forderungen erhoben, kam es gestern nachmittags am Römer zu erregten Vorgängen. Die Arbeitslosen wollten in das Rathaus eindringen, Sicherheitswehr und Schutzmansschaft stellte sich ihnen aber entgegen. Erst nachdem eine Kommission der Arbeitslosen vom Magistrat zur Entgegennahme der Forderungen empfangen worden war, trat wieder Ruhe ein. — In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats wegen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zum Eintritt der Preislenkung für Lebensmittel einstimmig angenommen. Die Annahme der Vorlage wurde von der Tribüne, die meist von Arbeitslosen besetzt war, mit kühnen Hochrufen auf die Rätepublik begrüßt. Ferner wurde eine Magistratsvorlage dahingehend, eine Erhöhung der Arbeitslöhne der städtischen Arbeiter vorzunehmen, die einen Betrag von 13 270 000 M. darstellt, mit 37 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 31 Stimmen der anderen Parteien angenommen.

Auslieferung Hölz' abgelehnt.

Berlin, 12. Aug. (R. W.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Dresden: Der bekannte Bandenführer Hölz wird nicht ausgeliefert. Die tschechische Regierung hat nach Mitteilung seines Verteidigers den Standpunkt eingenommen, daß Hölz keine gemeinen Verbrechen begangen habe, sondern nur politische Vergehen.

Die Internationale der Reformsozialisten.

Wie trügerisch alle etwaigen Hoffnungen der Proletariat auf Genf sind, zeigen auch die weiteren Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses. Insbesondere die Behandlung der Frage, die jetzt für die gesamte unter der Mitwirkung des Kapitalismus leidende Menschheit die brennendste ist, die Frage der Sozialisierung. Die Erkenntnis, daß man nicht mit einem Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus kommen kann, hat sich heute im wesentlichen überall durchgesetzt. Es wird allgemein anerkannt, daß der Aufbau des sozialistischen Wirtschaftssystems ein langwieriger Prozeß sein wird. Das zunächst zu lösende Problem ist: Wie kann die Umgestaltung so rasch als möglich in die Wege geleitet und dabei doch möglichst ohne Reibungen und ohne Stockungen im Wirtschaftsleben während des Aufbaues durchgeführt werden? Die in Genf beschlossene Resolution stellt selbst fest, daß die „Unerschütterlichkeit des Kapitalismus von Tag zu Tag den Wiederaufbau der Wirtschaft nach sozialistischen Grundgedanken zu einer dringenden Notwendigkeit“ macht. Die Wirkungen der kapitalistischen Mißwirtschaft, besonders seit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch im Krieg, treiben die hungernde und darbenende Menschheit fast zur Verzweiflung. Die jammervollen, chaotischen Zustände schreien geradezu nach einer Sozialisierung der Wirtschaft. Aber in der sehr umfangreichen Entschließung von Genf über die Sozialisierung sucht man vergeblich nach einem positiven Vorschlag, wo denn nun endlich nach der Meinung der Reformsozialisten mit der Sozialisierung begonnen werden soll. Vor allem aber vermißt man jede Andeutung darüber, welche Mittel vom Proletariat angewendet werden sollen, um wirklich sozialistische Maßnahmen zu erzwingen und durchzuführen. Mit solchen vagen Äußerungen, wie „der Landbesitz sollte national sein“ oder „solche Industrien von höchster nationaler Wichtigkeit wie das Eisenbahnenwesen, die Elektrizitätserzeugung und die Bergwerke sollte nationalisiert werden“, ist dem leidenden Proletariat nicht geholfen. Die ganze langatmige Resolution mütet überhaupt wie der Niederschlag einer bürgerlich-reformsozialistischen Akademikerunterhaltung an, in keiner Hinsicht aber wie das Programm einer internationalen proletarischen Kampforganisation. In einer revolutionären Epoche, wie wir sie jetzt durchleben hat eine proletarische Internationale „nur“ Daseinsberechtigung wenn sie eine schlagfertige, aktionsfähige, revolutionäre Massenorganisation ist. Aber gerade in dieser Hinsicht fehlt der Genfer Internationale nicht weniger als alles, wie sie auch bei anderen Gelegenheiten bemerkt.

Trefflich wurde die Auffassung, die die Leute von Genf von ihrer Aufgabe als internationale Sozialisten haben, illustriert durch die Stellungnahme zum Frieden und zum Völkerbund. Der Völkerbund, dessen Geburtsstunde mit der des Gewaltsfriedens von Versailles zusammenfällt, ist im Grunde genommen nicht anderes als eine Art internationale kapitalistische Regierung. Er ist eine Herrschaftsorganisation zur Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats der ganzen Welt, eine Vereinigung der Kapitalisten aller Länder zur Sicherung des Profits und der Herrschaft des Kapitalismus. Die Arbeiterschaft hat von dieser internationalen kapitalistischen Organisation nichts Gutes zu erwarten, es muß sie vielmehr ebenso wie jede andere Organisation der Kapitalisten aufs schärfste bekämpfen. Wie aber stellen sich die Sozialisten von Genf zu diesem Völkerbund? Sie wiegen sich in der Illusion, den kapitalistischen Völkerbund „demokratisieren“ zu können. Er soll nach ihrem Beschluß ein „internationales demokratisches, alle Völker umfassender Organismus“ werden und dann erhofft man von ihm nicht nur die notwendige Umwandlung des Versailler Friedens in einen gerechten und dauerhaften, sondern auch die Mittel zur Gesundung Europas, die allgemeine Entwaffnung aller Völker und die Sicherung des Weltfriedens! Die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder werden aufgefordert, alle Kräfte aufzubieten, um in die Organisationen des Völkerbundes Eingang und Einfluß zu erhalten und diese entsprechend zu ändern. Die ganze Auffassung zeugt von einer vollständigen Verkennung der kapitalistisch-imperialistischen Tendenzen des Völkerbundes. Und diese Illusionisten rufen gleich zeitig das Proletariat auf, sich im gegenwärtigen Augenblick seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt zu sein und den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu führen! Es wäre wirklich schlimm um das Proletariat bestellt, wenn es diese